

Aktuelle Post



aus dem Kreistag (30)

15. Oktober 2015

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das war eine interessante Kreistagssitzung: offensichtlich hat die Kommunalwahl schon begonnen, denn unsere Anträge wurden nicht einfach abgeschmettert. Vor drei Jahren schaffte es unser Antrag zur Gewinnabführung der Sparkasse noch nicht mal auf die Tagesordnung. Das wollte man sich vor der Kommunalwahl nicht leisten. Und auch der Antrag zur Gründung eines Eigenbetriebs Wohnungsbau wurde nicht gleich abgelehnt.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. NPD will quartalsweisen Situationsbericht zur „Einwanderung von Asylanten“
2. Antrag DIE LINKE: Gewinnausschüttung Sparkasse Oberhessen
3. Antrag DIE LINKE.: Berichterstattung Sparkasse Oberhessen
4. Antrag DIE LINKE: Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
5. Zweiter Nachtragshaushalt

NPD will quartalsweisen Situationsbericht zur „Einwanderung von Asylanten“

Gespickt mit Unterstellungen und Vorurteilen war der Antrag der NPD, in dem sie „die großen Probleme der Asylflut“ benennen wollte.

Bei solchen Anträgen übernimmt immer eine Fraktion die Gegenrede. Diesmal haben wir das übernommen. Hier ist unsere Rede:

„Die Debatte um Asyl und Flüchtlinge wird in weiten Teilen von hanebüchenen Vorurteilen und Ängsten geprägt. Dieser Antrag schürt solche Vorurteile und Ängste.“

Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnte man fragen: Wer begeht denn in Deutschland die meisten Autodiebstähle, Vergewaltigungen und anderen Verbrechen? Kriminelle Ausländer? Vielleicht Osteuropäer oder Muslime? Nein! Es sind Deutsche!

Aber um eine solche Diskussion geht es schon lange nicht mehr! Es geht in der Tat um „Gewaltpotential und Terrorismusgefahr“, wie es im Antrag steht. Nämlich rechten Terrorismus. Es geht um rechten Terror gegen unschuldige Menschen.

2014 wurden bereits 247 Anschläge auf Flüchtlinge und Unterkünfte verübt.

2015 sind bis zum 12. Oktober 373 Angriffe auf Unterkünfte, davon 71 Brandanschläge, verübt worden, 88 Tötliche Übergriffe auf Flüchtlinge mit 174 Verletzten, 215 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen vor Unterkünften, was ein erhebliches Bedrohungsszenario für die Flüchtlinge darstellt. Teilweise waren die Unterkünfte bewohnt und man hat absichtlich das Leben der Menschen aufs Spiel gesetzt. Das nennt sich nach deutschen Gesetzen MORD! Es waren Mordversuche!

Die Herren von der NPD: Distanzieren Sie sich erst mal von diesen Gewalttaten!

Sorgen Sie dafür, dass alle Menschen in Deutschland sicher sein können vor rechten Übergriffen statt zu hetzen und zu weiteren Straftaten aufzustacheln!

(Zwischenrufe der NPD: das waren wir nicht) Dann schauen Sie sich die you tube Filme an, die es im Netz gibt und die eindeutig rechte Angreifer zeigen. Dann können wir weiter reden.“

Antrag DIE LINKE: Gewinnausschüttung Sparkasse Oberhessen

Nach drei Jahren wiederholten wir den Versuch, eine Gewinnausschüttung der Sparkasse Oberhessen zu erreichen. Zur Erinnerung: 2012 wurde unser Antrag im Ältestenrat nicht auf die Tagesordnung des Kreistags genommen. Dieses mal gab es damit keine Probleme.

Unser Antragstext:

1. Der Kreistag des Wetteraukreises appelliert an den Kreisausschuss des Wetteraukreises, sich dafür einzusetzen, dass sich die Sparkasse Oberhessen an der Finanzierung der Trägerkreise Wetterau und Vogelsberg (entsprechend des prozentualen Anteils der Träger) beteiligt und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Gewinne abführt.

2. Weiterführender Vorschlag zur Verwendung dieses Geldes:

Im Wetteraukreis soll ein namhafter Beitrag (die Fraktion DIE LINKE. schlägt 40 Prozent des jährlichen Bilanzgewinnes als Abführung vor) zweckgebunden in die Finanzierung von sozialem Wohnungsbau eingebracht werden, um die Mangelsituation bei bezahlbarem Wohnraum abzumildern.

Das ist die Rede, mit der wir den Antrag einbrachten:

„Der Hessische Rechnungshof hat in seiner 156. Vergleichenden Prüfung „Betätigung bei Sparkassen“ vom Mai 2012 den Trägerkreisen empfohlen, in Zeiten knapper kommunaler Kassen die Sparkassen an der Finanzierung ihrer Aufgaben zu beteiligen. Diese Empfehlung greift die Fraktion DIE LINKE nun auf und appelliert an den Kreisausschuss, sich dafür einzusetzen, dass sich die Sparkasse Oberhessen an der Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der Trägerkreise Wetterau und Vogelsberg – dem jeweiligen Anteil entsprechend - mit einem namhaften Betrag beteiligt. Die Fraktion DIE LINKE schlägt hier 40% des Bilanzgewinnes vor. Auch wenn der Wetteraukreis nach Aussage des Landrates voraussichtlich den Kommunalen Schutzschirm zum Jahresende 2015 verlassen wird, ist die finanzielle Lage des Wetteraukreises weiterhin angespannt. Auch wurden viele soziale Leistungen gestrichen, die immer als „freiwillig“ gekennzeichnet werden. Es sind dies aber notwendige Leistungen, die nur nicht explizit gesetzlich vorgeschrieben sind. DIE LINKE hat bereits mehrfach in dieser Wahlperiode darauf hingewiesen, dass im Wetteraukreis - besonders im Westkreis - ein Bedarf an bezahlbaren Wohnungen besteht. Seit Jahren wurde der soziale Wohnungsbau sträflich vernachlässigt, so dass es für einkommensschwache Bürger immer schwieriger wird, adäquaten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dieses Problem wird nun durch den Zuzug von Flüchtlingen noch verschärft. Um hier Abhilfe zu schaffen, schlägt DIE LINKE vor, die Gewinnabführung zweckgebunden in die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues im Wetteraukreis einzubringen, damit die Wohnungsnot abgemildert wird. Eine Gewinnabführung der Sparkasse Oberhessen an Ihre Trägerkreise würde die Sparkasse auch keineswegs überlasten. Gemäß dem Offenlegungsbericht zum 31. 12. 2014 beträgt die Kernkapitalquote rund 20%. Damit erfüllt die Sparkasse Oberhessen die Kriterien von Basel III bereits jetzt. Hier wird eine Kernkapitalquote von 8% gefordert. Die Sparkasse erfüllt auch schon kommende Anforderungen, wie Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, die jeweils 2,5% betragen sollen. Das Hessische Sparkassengesetz lässt Gewinnabführungen in Höhe von 66% an die jeweiligen Träger zu. Hier sei beispielhaft der Kreis Gross-Gerau erwähnt, der von seiner Sparkasse 54,3% der Bilanzgewinne erhält.“

SPD, CDU, FDP und Freie Wähler lehnten den Antrag ab. Doch die Grünen und der Pirat stimmten für den ersten Absatz des Antrags.

In der Debatte wurde die Sparkasse sehr gelobt, weil sie Konten für arme Menschen und Flüchtlinge führt und die heimische Wirtschaft unterstützt. Das reicht offensichtlich, um keine gesetzlich mögliche Gewinnabführung an die Trägerkreise zu leisten. Besonders die FDP tat sich in der Diskussion hervor: ausgerechnet DIE LINKE

wolle die Sparkasse in den Ruin treiben. Wohin soll das führen, wenn man wie Robin Hood der Sparkasse das Geld nehme, um es den Armen zu geben?
...das wäre auch eine nette Forderung gewesen.

Antrag DIE LINKE.: Berichterstattung Sparkasse Oberhessen

Die großen Fraktionen werden natürlich über die Geschäfte der Sparkasse Oberhessen ausführlich informiert. Ihre Vertreter/innen sitzen im Aufsichtsrat und die Fraktionen erhalten Einblick. Kleine Fraktionen können sich nur die Internetseite der Sparkasse ansehen.

Wir haben deshalb folgenden Antrag gestellt:

„Der Kreistag des Wetteraukreises bittet den Kreisausschuss des Wetteraukreises, sich dafür einzusetzen, dass der Vorstand der Sparkasse Oberhessen dem zuständigen Ausschuss HFPG des Wetteraukreises einmal jährlich - am Ende des Geschäftsjahres der Sparkasse Oberhessen, - über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens berichtet.

Begründung:

*Hinsichtlich der Information der kommunalen Träger wird in den Leitsätzen der **156. Vergleichenden Prüfung „Betätigung bei Sparkassen“** ein systematischer Prozess empfohlen. Dieser Prozess soll sicher stellen, dass die Träger der Sparkasse Oberhessen zeitnah Kenntnis über die wirtschaftliche Lage der Sparkasse erlangen. Bei sich konkretisierenden Risiken für die Träger ist **unverzüglich** eine umfassende Berichterstattung erforderlich.*

Der Bericht des Vorstandes soll Auskunft geben über:

- die Jahresabschlüsse und die mittelfristige Unternehmensplanung*
- die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquidität und Rentabilität der Sparkasse*
- verlustbringenden Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und Ursachen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung waren*
- Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages*

In einem ähnlich gelagerten Antrag im Kreistag des Vogelsbergkreises im Jahre 2012 wurde einer Berichterstattung zugestimmt. Es ist nicht einzusehen, dass das Gremium im Vogelsbergkreis informiert wird und der Wetteraukreis als grösserer Träger nicht.

Interessanterweise stellte die Koalition einen Änderungsantrag, der nun die Berichterstattung für alle Fraktionen vorsieht.

Kleine Episode am Rande: Beinahe wäre der Antrag aus formalen Gründen ganz unter den Tisch gefallen. Wir teilten dem Kreistag mit, dass wir unseren Antrag zugunsten des Änderungsantrags zurückziehen. Wir hätten sagen sollen: Wir machen uns den

Änderungsantrag der Koalition zu eigen. Mit diesem Versprecher sollte nun der Antrag erledigt sein: Wo kein Antrag, kein Änderungsantrag. Erst der Ältestenrat entschied, dass wir den Antrag mit den „richtigen“ Worten nochmal einbringen können.

Antrag DIE LINKE: Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Das ist der Antragstext:

„Der Kreistag des Wetteraukreises fordert den Kreisausschuss dazu auf zu prüfen, wie eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft als Eigenbetrieb des Wetteraukreises aufgebaut werden kann.

DIE LINKE. schlägt vor auch folgendes zu prüfen:

- Der Wetteraukreis stellt eine Anschubfinanzierung sicher.*
- Die Kommunen sollen sich an diesem Eigenbetrieb Wohnungsbau beteiligen können (wie z.B. bei den Abfallbetrieben Wetterau)*
- Eine Gewinnabführung der Sparkasse Oberhessen soll in die Finanzierung einfließen.*

Das Ergebnis dieses Prüfantrags stellt die Verwaltung dem Kreistag in der Dezembersitzung 2015 vor.“

Wir begründeten den Antrag mit dieser Rede:

„Die Zahl der Sozialwohnungen und mietpreisgebundenen Wohnungen ging in den letzten 10 Jahren um die Hälfte zurück. Das ist auch in der Wetterau so: bei uns sind es heute 800 Sozialwohnungen weniger als vor 10 Jahren.

Der Bedarf der Bevölkerung kann derzeit nicht gedeckt werden. Dabei stieg die Nachfrage durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne enorm an. In Hessen haben mehr als 40 000 Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber sie bekommen keine, weil es sie nicht gibt. Für einkommensschwache Menschen ist die Wohnungssituation desaströs.

Und der Wetteraukreis verschärft das ja auch noch mit einer repressiven Wohnungspolitik, indem die Mietobergrenzen viel zu niedrig angesetzt wurden. (aber das nur nebenbei...)

Jetzt aber kommen die Flüchtenden hinzu. Derzeit geht es hier nur um die Notaufnahme. Aber viele dieser Menschen werden Asyl bekommen und benötigen spätestens dann eine Wohnung.

Wohnungsnot ist Gift für die Solidarität mit Flüchtenden!

Wenn sich die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum noch weiter verschärft, muss man um den sozialen Frieden fürchten!

In der Wohnungsfrage gibt es schon lange Handlungsbedarf. Schon 2012 berechnete das PESTEL-Institut für 2017 einen Bedarf von 2780 Wohnungen im

Wetteraukreis. ...und das ohne Flüchtlinge. Um hessenweit den Abbau von Wohnungen aufzuhalten und den kommenden Bedarf zu decken, müssten ab jetzt 10 000 bezahlbare neue Wohnungen entstehen. Bezahlbar heißt: es darf nur 1/3 des Haushaltseinkommens für Miete draufgehen.

Bisher wurde im Wetteraukreis jegliche Verantwortung auf kommunaler Ebene abgelehnt. Im Gegenteil: man verkauft die Wohnungen.

Meine Damen und Herren,

die Ankunft der Flüchtenden verschärft nun die Wohnungsnot.

Wegducken geht nicht mehr!

Jede politische Ebene muss nun Sozialen Wohnungsbau betreiben!

Wir beantragen deshalb, dass sich der Wetteraukreis mit einem Eigenbetrieb

„Wohnungsbau“ an der Lösung der Wohnungsfrage beteiligt.

Die Anschubfinanzierung ist leistbar.

Sie kann mit den den 8 Millionen aus dem Kommunalen Investitionsprogramm erfolgen, das ja zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur vergeben wird und mit einer Gewinnabführung der Sparkasse.

Es ist eine politische Entscheidung, ob man der Verschärfung der Wohnungsnot weiter zusieht oder endlich anfängt Abhilfe zu schaffen!

Ansonsten kann man sich in Graz und Salzburg darüber informieren, wie kommunale Wohnungswirtschaft funktioniert. In Salzburg z.B. werden Wohnungen für 4,78 Euro pro Quadratmeter gebaut – und das ohne Bankkredite und teure Zuschüssen zu Mietpreisbindungen.!

Die SPD hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der eine Prüfung vorsieht. Aber einen Zeitrahmen wollte sie nicht akzeptieren. Nach längerer Debatte wurde eine Prüfung bis zur letzten Sitzung des Kreistags in der Wahlperiode – also bis Februar – beschlossen und bis auf die FDP stimmten alle Fraktionen zu.

Die FDP kam überhaupt wieder nett rüber: Die Abgeordnete Sommermeyer wollte „den privaten Wohnungsbau nicht durch den sozialen Wohnungsbau belasten“. Frau Sommermeyer ist Maklerin.

Zweiter Nachtragshaushalt

Es hätte einen Grund gegeben, den zweiten Nachtragshaushalt abzulehnen: Darin werden 500 000 Euro eingestellt für „Sichere Schulwege“. Doch es wurden immer noch keine Kriterien aufgestellt, die einen sicheren Schulweg bestimmen. Muss es Beleuchtung geben? Kann er von einem Dorf zum anderen führen – ohne soziale Kontrolle, ohne Winterdienst? Ist ein unbefestigter schlammiger Feldweg sicher? ...und der Fragen mehr. Hier will man keine Klärung. Denn 500 000 Euro sollen reichen.

Doch wir haben diesem Nachtragshaushalt trotzdem zugestimmt, weil er dringend notwendige Investitionen in Flüchtlingsunterkünfte enthält. 5 Millionen sollen hier investiert werden.

Diese Investitionen verhindern hoffentlich, dass Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden.

Auch ein Zuschuss für das Krankenhaus Schotten wurde mit diesem Nachtragshaushalt beschlossen.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auch auf der homepage DIE LINKE Wetterau ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich und Gabi Faulhaber